KOMMENTAR 15.05.2014 | Gordon Brown

Boko Haram ist kein Einzelfall

In mindestens 30 Ländern werden Schulen regelmäßig bedroht.

Die Entführung von mehr als 200 Schülerinnen in Nord-Nigeria durch die islamistische Terrorgruppe *Boko Haram* ist mehr als verabscheuenswürdig. Doch ist sie leider nur der aktuellste Schlag in einem grausamen, gegen das Grundrecht aller Kinder auf Bildung geführten Krieg. Und wie ähnlich grauenvolle Vorfälle in Pakistan, Afghanistan und Somalia belegen, ist dies ein globaler Krieg.

Weltweit gab es in den letzten vier Jahren laut einem Bericht der *Global Coalition to Protect Education from Attack* 10.000 gewalttätige Angriffe auf Schulen und Universitäten. Die Belege sind gleichermaßen umfassend wie erschütternd und reichen von den 29 in diesem Frühjahr von mutmaßlichen Boko-Haram-Kämpfern getöteten Schüler im nigerianischen Bundesstaat Yobe und den somalischen Schülern, die zu einem Dasein als Kindersoldaten gezwungen werden, bis hin zu von ethnischen burmesischen, buddhistischen Nationalisten in Myanmar angegriffenen muslimischen Jungen und Schülerinnen in Afghanistan und Pakistan, die Opfer von Schüssen, Gift oder Brandanschlägen der Taliban wurden, weil sie gewagt hatten, eine Schulbildung anzustreben.

In mindestens 30 Ländern gibt es ein Muster gezielter Angriffe durch bewaffnete Gruppen

Dies sind keine isolierten Beispiele von Kindern, die irgendwo zwischen die Fronten gerieten; dies ist, was passiert, wenn Schulen zum bewussten Ziel von Terroristen werden, die Bildung als Bedrohung betrachten. (Tatsächlich ist die wörtliche Übersetzung von Boko Haram eine Äußerung des Verbots „falscher“ oder „westlicher“ Bildung). In mindestens 30 Ländern gibt es ein Muster gezielter Angriffe durch bewaffnete Gruppen; am schlimmsten betroffen sind Afghanistan, Kolumbien, Pakistan, Somalia, der Sudan und Syrien.

Die Angriffe zeigen mit erschreckender Klarheit, dass es bei der

Schulbildung nicht nur um Kreidetafeln, Bücher und Lehrpläne geht. Schulen überall auf der Welt – von Nordamerika bis hin nach Nord-Nigeria – brauchen inzwischen Sicherheitspläne, um den Schutz ihrer Schüler zu gewährleisten und Eltern und Gemeinwesen ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln.

Auf dem *World Economic Forum* in der nigerianischen Hauptstadt Abuja habe ich gemeinsam mit Partnern aus der Geschäftswelt und der Zivilgesellschaft in dieser Woche ein Programm lanciert, um die persönliche Sicherheit von Kindern in Gebieten zu gewährleisten, wo diese Bedrohungen real und konkret sind. Die „Safe Schools Initiative" vereint schul- und gemeinschaftsgestützte Pläne mit speziellen Maßnahmen zum Schutz von Kindern, die rund 5000 Grund- und weiterführende Schulen in besonders gefährdeten Gebieten besuchen.

Für die einzelnen Schulen umfassen die Maßnahmen die Verbesserung der Sicherheitsinfrastruktur, -planung und -reaktion, die Schulung von Mitarbeitern und die Beratung von Schülern und Mitgliedern der örtlichen Gemeinschaften. Auf kommunaler Ebene werden aus Eltern, Lehrern und Freiwilligen bestehende Bildungsausschüsse sowie speziell entwickelte Gruppen zur Verteidigung von Lehrern, Schülern und Eltern gebildet, um rasch auf Bedrohungen reagieren zu können.

Die Erfahrungen aus anderen Ländern haben gezeigt, dass es von entscheidender Bedeutung ist, religiöse Führer formell bei der Förderung und dem Schutz der Bildung einzubinden.

Die Erfahrungen aus anderen Ländern bei der Bekämpfung ähnlicher Bedrohungen haben gezeigt, dass es von entscheidender Bedeutung ist, religiöse Führer formell bei der Förderung und dem Schutz der Bildung einzubinden. In Afghanistan nutzen angesehene Imame – in Zusammenarbeit mit örtlichen Schuras und Schutzausschüssen – gelegentlich ihre Freitagsgebete, um das Bewusstsein für die Bedeutung der Bildung im Islam zu steigern.

In Peshawar (Pakistan) haben sich im Rahmen eines von UNICEF unterstützten Programms prominente muslimische Führungspersönlichkeiten die Bedeutung der Bildung dargelegt und betont, wie wichtig es sei, die Kinder in die Schulen zurückzuschicken. In Somalia unternehmen religiöse Führer in staatlich kontrollierten Gegenden Aufrufe im öffentlichen Rundfunk und besuchen Schulen, um sich gegen die Rekrutierung von Kindersoldaten einzusetzen.

In Länder wie Nepal und den Philippinen haben Verhandlungen auf kommunaler Ebene dazu beigetragen, die Sicherheit an den Schulen zu verbessern und die Politik aus den Klassenzimmern zu verbannen. In

einigen Gemeinwesen sind unterschiedliche politische und ethnische Gruppen zusammengekommen und haben vereinbart, „sichere Schulbereiche“ zu entwickeln. Sie haben Verhaltensregeln aufgestellt und unterschrieben, die festlegen, was auf dem Schulgelände gestattet ist und was nicht, um Gewalt, Schulschließungen und die Politisierung der Bildung zu verhindern. Im Allgemeinen haben sich die unterzeichnenden Parteien an ihre Zusagen gehalten, was den Gemeinwesen geholfen hat, Schulen offen zu halten, die Sicherheit der Kinder zu erhöhen und die Schulverwaltung zu stärken.

Noch immer bleibt Millionen von Kindern überall auf der Welt der Schulbesuch verwehrt. Dies ist nicht nur eine moralische Krise; es ist zugleich eine verpasste wirtschaftliche Chance. In Afrika etwa ist die Bildung besonders wichtig, da die dortigen Volkswirtschaften zunehmend den Schritt von der Rohstoffförderung zu wissensgestützten Industrien tun. Ein sicheres Lernumfeld ist der grundlegendste und dringendste erste Schritt, um die globale Bildungskrise zu lösen.

(c) Project Syndicate



Gordon Brown
London

Gordon Brown war von 2007 bis 2010 Premierminister von Großbritannien und Vorsitzender der Labour Party. Zuvor war er über zehn Jahre Schatzkanzler in der Regierung von Tony Blair. Derzeit ist er Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen für globale Bildung.

1 LESERBRIEFE

Khalid AlMubarak schrieb am 16.05.2014

Very wise words by an experienced politician who should get more support in his difficult job.
The root causes of extremism are well known.They include unfair Western policies that stood for decades "on the wrong side of history" with unfair trade and consistent support for the Far-Right expansionist policies of Israel.The EU is now doing something about settlement products.
